

Krise und Transformation der liberalen Demokratie

Zwischen autoritärer Regression und Demokratisierung

Kristina Dietz und Markus Wissen

In ihrer Rede auf der Demonstration gegen rechts vor der Europawahl am 8. Juni 2024 in Berlin argumentierte die Publizistin Carolin Emcke: Angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit, vor allem der sozial-ökologischen Transformation und der Friedenssicherung, könnten wir es uns eigentlich nicht leisten, uns um die autoritären Rechte zu kümmern. Diese habe keinerlei Antworten auf die drängenden Fragen; der Kampf gegen sie koste wertvolle Zeit, die wir für die Lösung der von ihr negierten Probleme benötigen. Dennoch sei der Kampf gegen rechts natürlich zentral, denn mit einer Rechten in der Regierung verschlechterten sich die Möglichkeiten, den großen Herausforderungen zu begegnen, immens. Wir stimmen Carolin Emcke vor allem im letzten Punkt zu, möchten ihr Argument aber modifizieren und weiterentwickeln. Beim Aufstieg der autoritären Rechten handelt es sich nicht um ein Problem, das auf die eigentlichen Herausforderungen aufgesattelt wird und dessen wir uns entledigen müssten, um uns diesen zuwenden zu können. Vielmehr sind die verschiedenen Herausforderungen konstitutiv miteinander verbunden. Der Aufstieg der autoritären Rechten ist auch ein Produkt der multiplen Krisen des Kapitalismus und ihrer unzureichenden politischen Bearbeitung: der Klimakrise, der Biodiversitätskrise, der wachsenden sozialen Ungleichheit, der ungleichen globalen Lebensverhältnisse, der sozialen Reproduktionskrisen. In all diesen Krisen und den Formen ihrer Bearbeitung manifestiert sich eine fundamentale Krise der liberalen Demokratie als der den kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens lange Zeit adäquaten Regierungsform.¹

Unter liberaldemokratischen Vorzeichen, so unsere These, lassen sich die multiplen Krisen und existenziellen Herausforderungen nicht bearbeiten. Vielmehr stehen liberaldemokratisch verfasste Gesellschaften vor der Alternative eines Rückfalls hinter die liberale Demokratie oder einer Demokratisierung derselben. Wir

1 Unter liberaler Demokratie verstehen wir jene Regierungsform, die allen Staatsangehörigen ab einem bestimmten Alter politische Rechte gewährt, also formal politische Gleichheit gewährleistet, und gleichzeitig gesellschaftliche Machtzentren wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln gegen demokratische Entscheidungen abschottet.

argumentieren, dass Letztere eine Ausdehnung von demokratischen Entscheidungsverfahren auf jene gesellschaftlichen Bereiche bedeuten würde, die in der liberalen Demokratie als Privatangelegenheiten gelten und deshalb systematisch gegen demokratische Formen der Entscheidungsfindung abgeschottet werden. Es ginge um eine Form gesellschaftlicher Aushandlung von Inhalten und der Richtung der sozial-ökologischen Transformation, die in einem umfassenden Sinne inklusiv ist, auf wechselseitig anerkannten Berechtigungen basiert, alle Lebensbereiche umfasst, auch den der Ökonomie, und patriarchale, rassistische und klassenbezogene Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse überwindet. Derzeit stehen die Zeichen vielerorts auf Rückfall. Dennoch lassen sich »Gärungsprozesse« in Richtung einer Demokratisierung der Demokratie beobachten. Eine sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie in einem radikalen Sinne demokratisch ist, das heißt, die Demokratisierung der Demokratie als eine ihrer Kernaufgaben begreift.

Der Beitrag legt den Schwerpunkt auf die Krisenanalyse, wobei vor allem europäische Gegenwartsgesellschaften in den Blick genommen werden. Er ist wie folgt aufgebaut: Zunächst analysieren wir die Gründe für den Aufstieg der autoritären Rechten unter Berücksichtigung der ökologischen Krise und ihrer Bearbeitung. Danach entwickeln wir einige Überlegungen zur Krise der liberalen Demokratie, für die der Aufstieg der autoritären Rechten ein wichtiger Gradmesser ist. Abschließend widmen wir uns den Potenzialen und Hindernissen einer Demokratisierung der Demokratie, wie sie in Kämpfen um eine sozial-ökologische Transformation aufscheinen.

Die autoritäre Rechte in der ökologischen Krise

Wir leben in einer »Zeit der Monster« – so die recht freie Übersetzung einer Passage aus Antonio Gramscis Gefängnisheften durch Slavoj Žižek (2010). Gramsci selbst sprach von »unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen«, die eine Periode des Übergangs, des »Interregnums«, kennzeichnen (Gramsci 1991 [1930]: 354). Die »Monster« werden von tiefgreifenden Krisen hervorgebracht, sie reagieren auf diese mit ebenso einfachen wie falschen Antworten. Dort, wo sie über Entscheidungsgewalt verfügen, drohen sie eine Gesellschaft noch tiefer in die Krise hineinzuführen.

Die sich zuspitzende ökologische Krise ist ein Grund für das Auftauchen der Monster. Sie erschüttert Gewissheiten und ersetzt sie durch die Ahnung, dass sich alles ändern wird. Nicht selten verstärkt sie die Verunsicherungen, die den Alltag vieler Menschen seit langem prägen. Im Folgenden beschreiben wir zwei aus unserer Sicht zentrale Verunsicherungen der Gegenwart: die klassen- und die identitätsbezogene Verunsicherung. Wir zeigen, wie diese durch die ökologische Krise, insbesondere durch die Art ihrer Bearbeitung, überlagert und dynamisiert werden

und wie sich die autoritäre Rechte diese Überlagerungen zunutze macht (vgl. Brand/Wissen 2024: 170ff.).²

Bei der ersten Verunsicherung handelt es sich um die Verschärfung des Klassen Gegensatzes. Sie ist das Resultat einer Jahrzehnte währenden neoliberalen Politik. Ihre Erscheinungsformen sind Verlust- und Abstiegsängste bzw. -erfahrungen einer Vielzahl von Menschen, die nach der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie und dem Bedeutungsverlust, den linke Parteien vielerorts erlebt haben, kaum mehr einen progressiven politischen Ausdruck finden. Die Rechte weiß das zu nutzen – nicht, indem sie Klassenfragen als solche, also als ein Problem zwischen Oben und Unten thematisiert, sondern, indem sie sie in horizontale Gegensätze übersetzt und der Krise mit exklusiver Solidarität begegnet. Diese richtet sich gegen Asylsuchende und Migrant*innen, aber auch gegen weitere Gruppen so genannter Anderer, die von einer »woken« Politik angeblich bevorzugt werden. Insbesondere stehen Menschen im Fokus der Rechten, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität und sexuellen Orientierung die vorherrschende Heteronormativität in Frage stellen oder die sich (in Gestalt feministischer Bewegungen) der männlichen Dominanz in der Arbeitswelt, in der Politik und im Alltag widersetzen.

Dies verweist auf die zweite Verunsicherung, die von der autoritären Rechten regressiv politisiert wird. Im Unterschied zur Verschärfung des Klassengegensatzes handelt es sich bei ihr um eine aus emanzipatorischer Perspektive zu begrüßende Entwicklung. Denn verunsichert werden Identitäten, die lange Zeit als unhinterfragte Norm oder gar als natürlich galten und die die Herrschaftsverhältnisse, die sich in ihnen manifestierten, wirksam zum Verschwinden brachten: traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit, von Geschlechtsidentitäten und von sexuellen Orientierungen sowie neokolonial und rassistisch motivierte Unterscheidungen. Die autoritäre Rechte nutzt diese identitätsbezogene Verunsicherung bzw. die heraufbeschworene Krise der Männlichkeit, indem sie Affekte wie Wut, Zorn und Angst mobilisiert und in eine »maskulinistische Identitätspolitik« (Sauer/Penz 2023: 130) zu kanalisieren versucht. Forderungen nach »Mannhaftigkeit« und nach der »Erneuerung einer Männerkultur« sowie die Anrufung des »kleinen Mannes von der Straße« und eines »männlichen Stolzes« sind diskursive Kernelemente dieser Politik (ebd.: 129ff.).

Indem die autoritäre Rechte diese beiden Verunsicherungen regressiv politisiert, bedient sie die *emotionalen* Interessen (Hochschild 2018) einer weißen, vor allem männlichen Klientel. Sie überspielt damit die Tatsache, dass sie selbst

2 Unter der »autoritären Rechten« fassen wir sowohl Parteien, die derzeit in vielen Ländern bei Wahlen Zuwächse verzeichnen (teilweise handelt es sich dabei um sich radikalisierende Konservative – siehe die Entwicklung der britischen Tories und der US-amerikanischen Republikaner), als auch ihre gesellschaftlichen Vorfelddorganisationen (Verlage, Thinktanks, soziale Bewegungen etc.).

meist einen autoritären Neoliberalismus vertritt, der den *materiellen* Interessen von großen Teilen ihrer Klientel diametral entgegensteht (Friedrich 2019). Die autoritäre Rechte macht sich dabei einen von Stuart Hall (2012: 84ff.) beschriebenen Mechanismus zunutze: Demnach lassen sich vertikale Klassengegensätze zwischen Oben und Unten durch die Verschärfung von horizontalen Differenzen bearbeiten – durch ethnisierte und koloniale Unterscheidungen zwischen einem Innen und einem Außen, zwischen Weißen und BIPOC oder durch geschlechtsspezifische Differenzen zwischen heterosexueller Cisgeschlechtlichkeit und davon abweichenden sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten. Die autoritäre Rechte kann durchaus gegen die materiellen Interessen von Teilen ihrer Klientel im Klassenkonflikt verstoßen, solange sie dies mit anderen Identitätsangeboten kompensiert. Der politische Fehler der neoliberalen Sozialdemokratie war, dass sie den Zusammenhang zwischen Klassen- und Identitätsfragen nicht beachtet hat: Sie hat die Einwanderungspolitik (auf eine sehr instrumentelle Weise) liberalisiert, die Gleichstellung gefördert und die Rechte von Homosexuellen und Menschen mit anderer Geschlechtsidentität gestärkt. Allerdings hat sie diesen Abbau von horizontalen Differenzen nicht mit einem Kampf gegen Ausbeutung und Klassismus verbunden. Im Gegenteil: Sie hat den Klassengegensatz negiert und verschärft (in Deutschland etwa durch die Agenda 2010) – und damit der autoritären Rechten in die Hände gespielt. Diese stellt den Klassengegensatz nicht in Frage, bearbeitet die aus ihm resultierenden Widersprüche aber regressiv, indem sie tatsächliche und vermeintliche identitätspolitische Liberalisierungen »affektpolitisch« instrumentalisiert und Ressentiments schürt (Mau u.a. 2023: 372ff.). Dabei kommt ihr zugute, dass die Liberalisierungen selbst immer schon die Möglichkeit des Autoritären in sich bargen. Denn viel weniger als den Emanzipationsansprüchen progressiver sozialer Bewegungen folgten sie den geschlechter- und arbeitsmarktpolitischen Flexibilitätsanforderungen eines neoliberalen Kapitalismus. Sie schränkten jene kollektiven Räume und sozialen Sicherheiten ein, die die Rechte nun unter rassistischen, nationalistischen und patriarchalen Vorzeichen zu verteidigen vorgibt. Insofern trug der bürgerlich-sozialdemokratische Neoliberalismus dazu bei, den Nährboden für den Aufstieg der neoliberal-autoritären Rechten zu bereiten (vgl. Ludwig/Woltersdorff 2018).

Die ökologische Krise bzw. die Art und Weise ihrer Bearbeitung überlagert und dynamisiert die klassen- und diversitätspolitischen Verunsicherungen. Das zeigt sich etwa an den gesellschaftlichen Konflikten um Mobilität. Hier droht eine marktförmige und primär auf Veränderung der Antriebstechnologie setzende Krisenbearbeitung die soziale Ungleichheit zu verschärfen. Zugespitzt formuliert: Die Reichen kaufen sich Elektro-SUVs von Tesla; den Armen, die sich das nicht leisten können, wird das Fahren mit dem kleinen Verbrenner verteuert, ohne dass umweltfreundliche Alternativen etwa im ÖPNV zur Verfügung gestellt würden. Dazu kommt, dass mit dem Angriff auf den Verbrennungsmotor eine hiermit eng verknüpfte, von Ca-

ra Daggett (2023) als »Petromaskulinität« bezeichnete, hegemoniale Männlichkeit in Frage gestellt wird. In deren Verteidigung verdichtet sich gleichsam die regressive Politisierung der Klimakrise: Petromaskulinität ist zugleich antiökologisch, antifeministisch und rassistisch. Mit ihr lässt sich »das faschistische Begehren katalysieren [...], einen Lebensraum zu sichern, einen Haushalt, der verbarrikadiert ist vor dem Gespenst des bedrohlichen Anderen, egal, ob es sich dabei um Schadstoffe, Immigrant*innen oder um von der geschlechtsspezifischen Norm abweichende Personen handelt« (ebd.: 53f.).

Durch die Verteidigung der Petromaskulinität gewinnt die autoritäre Rechte auch deshalb an Attraktivität, weil es sich um ein klassenübergreifendes Angebot handelt, das an eingeübte und tief im Alltagsverstand verankerte neoliberale Dispositionen anknüpft. Zwar sind die Erfahrungen und Interessen petromaskuliner Subjekte je nach Klassenzugehörigkeit sehr unterschiedlich: »Aggressive junge Männer mit übermotorisierten Autos, die sie weder beherrschen noch besitzen (sondern leasen), unterscheiden sich vom Porsche Cayenne fahrenden Manager, für den sein Gefährt ebenso Statussymbol wie Komfortzone ist [...]. Das Angebot, das sie [die autoritäre Rechte, KD/MW] dem petromaskulinen Subjekt jedoch unabhängig von seiner Klassenzugehörigkeit macht, besteht darin, eine geschlechtsspezifische, rassifizierte gesellschaftliche Arbeitsteilung zu stabilisieren, die Möglichkeit zu garantieren, sozial-ökologische Kosten weiterhin zu externalisieren, und die anti-rassistischen, feministischen und klimabewegten Kräfte kleinzuhalten, die genau dagegen aufbegehren« (Brand/Wissen 2024: 185f.; siehe auch Dörre u.a. 2023 sowie den Beitrag von Julian Niederhauser in diesem Band).

Dass die autoritäre Rechte klassenspezifische Ausbeutungs- und Missachtungserfahrungen reaktionär politisiert, dass sie durch die Verteidigung von Identitäten ein klassenübergreifendes Angebot in einer vom Verlust vertrauter Gewissheiten und von der sich zuspitzenden ökologischen Krise geprägten Zeit unterbreitet, macht sie so gefährlich. Ihr Aufstieg ist zudem ein Gradmesser für die Krise, in der sich die liberale Demokratie befindet.

Die Krise der liberalen Demokratie

Bei der Analyse liberaler Demokratien in der ökologischen Krise fällt zunächst die staatlicherseits mehr oder weniger konsequent verfolgte Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf. Diese beinhaltet zum einen Ansätze, mit denen die ökologische Verantwortung auf die individuelle Ebene verlagert wird (z.B. finanzielle Anreize zum Kauf eines E-Autos). Zum anderen werden technische und marktförmige Ansätze zur Reform von Wirtschaft und Gesellschaft (ökologische Modernisierung), mit dem Ziel der Dekarbonisierung verfolgt. Beispielhaft für Letzteres sind der *European Green Deal* (EGD) und der *Inflation Reduction Act* (IRA) der Biden-Admi-

nistration. Die deutsche Ampel-Koalition versuchte sich an ähnlichen, wenn auch weitaus weniger ambitionierten Maßnahmen. Die Zeichen, so ließe sich schlussfolgern, stehen auf grünem Kapitalismus. Bei genauerem Hinsehen stellt sich dies allerdings komplizierter dar: Die im EGD vorgesehenen Investitionen werden von der fiskalpolitischen Austerität erschwert, zu der sich die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet haben. Der Rechtsruck bei den Europawahlen 2024 dürfte zudem den politischen Rückhalt für das ganze Programm beeinträchtigen. Ähnliches gilt für den IRA nach dem Wahlsieg von Donald Trump und für die Initiativen der deutschen Ampelregierung nach den Neuwahlen Anfang 2025.

Das alles bedeutet nicht das Aus der ökologischen Modernisierung. Dafür ist die volkswirtschaftliche Bedeutung grüner Branchen bereits zu hoch und die entsprechenden Kapitalfraktionen sind zu mächtig. Die Aufstiege der Rechten haben jedoch Konsequenzen für die Funktionalität und Hegemoniefähigkeit eines grünen Kapitalismus als einer möglichen, postneoliberalen kapitalistischen Formation. Diese erscheint höchst fragil und widersprüchlich. Wahrscheinlicher ist, kurz- bis mittelfristig, ein »grüner Katastrophen-Kapitalismus« (Candeias 2023), in dem ökologische und autoritäre Elemente eine fragwürdige Allianz eingehen und die soziale Ungleichheiten verstärkende Bearbeitung der ökologischen Krise zum Einfallstor der autoritären Rechten wird. In jedem Fall zeichnen sich in jüngerer Zeit die Grenzen der liberalen Demokratie deutlich ab. Die ökologischen Widersprüche des Kapitalismus scheinen sich in ihrem Rahmen kaum mehr einhegen, geschweige denn sozial gerecht bearbeiten zu lassen.

Mit den Grenzen oder der Krise der liberalen Demokratie beschäftigen sich Sozialwissenschaftler*innen im Hinblick auf Europa und Nordamerika seit einigen Jahren. In den 2000er Jahren argumentierte Colin Crouch (2008), dass sich die liberale Demokratie im Kontext der Neoliberalisierung zu einer Postdemokratie entwickle. Postdemokratie beschreibt ein politisches Gemeinwesen, bei dem die Kerninstitutionen liberaler Demokratien (Wahlen, Regierungswechsel, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit) formal intakt sind, faktisch aber zunehmend ausgehöhlt werden. Politische Entscheidungen werden mehrheitlich hinter verschlossenen Türen getroffen, »von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten« (ebd.: 10). Eric Swynnedouw (2009) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die Bearbeitung der ökologischen Krise durch technologische Reformen ein Ausdruck von Post-Politik sei. In dieser würden »ideologische Auseinandersetzungen und politischer Dissens durch technischemanagementmäßige Planung, durch Experten- und Verwaltungshandeln ersetzt« (ebd.: 385). Ziel einer post-politischen Krisenbearbeitung sei nicht die Bearbeitung und Lösung von Krisen, sondern die Erhaltung von Wohlfahrt, die Sicherung des Lebensstandards der (eigenen) Staatsbürger*innen und die Aussendung der Botschaft, dass angesichts der wachsenden sozial-ökologischen Verwerfungen etwas getan werde, ohne jedoch grundlegend etwas zu verändern.

Ingolfur Blühdorn (2020) spricht hierauf bezugnehmend von einer neuen Phase der Demokratie, die er »simulative Demokratie« nennt. Diese zielt auf kollektive Selbsttäuschung und die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung, da an sozial-ökologisch zerstörerischen Normen und Werten nicht gerüttelt werde. Blühdorn argumentiert subjekttheoretisch. Für ihn besteht die Krise der liberalen Demokratie darin, dass sich im Kontext sozial-ökologischer Krisen gesellschaftliche Subjektivitäten und der normative Kern der Demokratie veränderten. Angesichts des Schwindens wohlfahrtskapitalistischer Sicherheiten, die lange Zeit Handlungsorientierung für Individuen gegeben hätten, etwa die Erwartung von Wohlstand, Wachstum und sozialem Aufstieg, bilde sich ein neuer Subjekttypus heraus: das »nicht-nachhaltige Ich« (Blühdorn 2018: 168). Dieses setze auf Normen und Werte wie Individualismus, Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten und die Verteidigung der eigenen Privilegien gegenüber den multiplen »Anderen«. Demokratiepoltisch sei das fatal, weil das nicht-nachhaltige Ich in den westlichen Gesellschaften in der Mehrheit sei. Liberale Demokratien sind Wahl- und Mehrheitsdemokratien. Wenn sich aber die vermeintlich bedrohten Mehrheiten abwendeten von einer Politik sozial-ökologischer Transformation, dann würde die liberale Demokratie zu einem institutionellen Vehikel der Nicht-Nachhaltigkeit (Blühdorn 2020).

Dieser Analyse liegt implizit eine Vorstellung zugrunde, früher sei es besser gewesen – mit der liberalen Demokratie. Früher bezieht sich auf die (Sozial-)Demokratie in der Phase des Fordismus, die in Westeuropa gekennzeichnet war durch eine wachsende soziale Teilhabe der (männlichen) lohnabhängigen Klassen (Streck 2015: 88). Kritische Analysen zeigen demgegenüber, dass der liberalen Demokratie institutionelle und strukturelle Grenzen immanent sind, die eine demokratische, sozial-ökologische gerechte Krisenbearbeitung behindern. Die Grenzen manifestieren sich in unterschiedlichen Konflikten, in denen sich aus historisch-materialistischer Perspektive (Buckel 2017; Demirović 2013) und in den Worten von Stephan Lessenich die »inhärente *Dialektik* der Demokratie« (Lessenich 2019: 123) zeigt. Der erste strukturelle Konflikt ist der Klassengegensatz, also der Konflikt zwischen »Oben und Unten« (ebd.). Die zyklische, in Folge gesellschaftlicher Kämpfe stattfindende Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe in der Demokratie resultiert bei privilegierten Gruppen nicht selten in reaktionären Gegenbewegungen. Ziel dieser Gegenbewegungen ist es, den »demokratischen Sozialraum« nicht zu groß werden zu lassen (ebd.: 134) und vor allem die (Teilhabe-)Rechte jener einzuschränken, die nichts besitzen. Der liberalen Demokratie liegt eine eigentumsverhaftete Form der Politik zugrunde. Auch wenn sich diese heute nur indirekt zeigt, ist »die Regierung der Besitzenden [...] die in der Moderne dominante Form der Demokratie geblieben« (Redecker 2020: 134f.).

Der zweite strukturelle Konflikt ist der zwischen »Innen und Außen« (Lessenich 2019: 132). Er gründet sich auf Herrschaftsverhältnisse entlang von Geschlecht, *race*, ethnischer Herkunft. Eine zentrale Institution der horizontalen Teilhabeexklusion

ist die der Staatsbürgerschaft (*citizenship*). Auch hier zeigen sich historisch Doppelbewegungen, die darauf hindeuten, dass die Ausweitung demokratischer Berechtigungen auf bestimmte Gruppen immer einhergeht mit Schließungen gegenüber anderen (vgl. Wallerstein 2003).

Dies verweist auf einen dritten strukturellen Konflikt: den der räumlichen Begrenzung der liberalen Demokratie auf den Nationalstaat und der Konzeption von Teilhabe in »nationalgesellschaftlichen Kategorien« (Lessenich 2019: 126). Der demokratiepolitische Fokus auf den Nationalstaat steht jedoch im wachsenden Widerspruch zu den transnational interdependenten Krisendynamiken, zur Herausbildung zunehmend plurinationaler Gesellschaften und zu den grenzüberschreitenden sozial-ökologischen Implikationen demokratischer Politikentscheidungen im Nationalstaat.

Der vierte strukturelle Konflikt der liberalen Demokratie liegt in deren materieller Basis begründet. Timothy Mitchell (2011) hat eindrücklich herausgearbeitet, dass Demokratie nicht nur eine universelle Idee ist, sondern auch eine stofflich-materielle Seite besitzt, die sich in Machtverhältnissen, Teilhabeinstitutionen und der (Un-)Möglichkeit, demokratische Rechte einzufordern, manifestiert. Die liberale Demokratie ist eine Kohlenstoffdemokratie (*carbon democracy*). Erst mit der Entdeckung der Kohle im 19. Jahrhundert als wichtigstem Energierohstoff bildeten sich in Europa Massendemokratien heraus. Kohle verlieh den Arbeiter*innen im Bergbau weitreichende Machtressourcen, mit denen sie Teilhabe- und demokratische Rechte einforderten. Mit dem Zeitalter des Öls veränderten sich die Kräftekonstellationen zuungunsten der Arbeiter*innen. Teilhabe erfolgte jetzt vor allem über öl- und ressourcenabhängigen Konsum, unter breiter impliziter Zustimmung zur Externalisierung der damit verbundenen Kosten (Wissen 2016).

Der fünfte strukturelle Konflikt wurzelt in der inhaltlichen Begrenzung der liberalen Demokratie. C.B. Macpherson (1977: 10) betont, dass freie und individuelle Entfaltung und gleiche Beteiligung nur möglich seien, wenn ein für alle gleicher Zugang zu den hierfür nötigen Arbeits- und Produktionsmitteln bestehe. Diese sind in kapitalistischen Gesellschaften jedoch ungleich verteilt, so dass sich Verhältnisse der Ausbeutung (von Arbeitskraft, Natur etc.) und die ungleiche Verteilung von Macht ergeben. Politische Gleichheit und Emanzipation lassen sich unter diesen Bedingungen nur in einem sehr eingeschränkten Maß erreichen. In liberalen Demokratien und unter Bedingungen formaler Gleichheit stellen die Kapitalverwertung und die Garantie der Nutzenmaximierung (wirtschaftlicher Erfolge einzelner) die bestimmenden Momente des »demokratischen Kompromisses« (ebd.: 201) dar. Eine weitergehende Demokratisierung der Wirtschaft ist nicht vorgesehen. Und hier liegt das Problem. In der liberalen Demokratie mit ihren Prinzipien der formalen Trennung von öffentlich und privat, von Politik und Ökonomie ist eine demokratische Entscheidung etwa darüber, was profitorientierte private Unternehmen wie und wozu produzieren oder wie und für wen sie Wohnungen bauen, nicht vorgese-

hen. In diesem Sinne fordern soziale Bewegungen wie die Berliner »Deutsche Wohnen & Co enteignen« die Vergesellschaftung von Wohnraum (vgl. Nuss 2024).

Dass die liberale Demokratie an die Grenzen ihrer Kapazitäten der Widerspruchsbearbeitung gerät, ist der Ausprägung und Artikulation dieser strukturellen Konflikte in der heutigen Krisenkonstellation geschuldet. Mit der Zuspitzung der ökologischen Krise erodieren die materiellen Grundlagen von Klassenkompromissen und damit der Bearbeitung des Oben-Unten-Gegensatzes. Das raum-zeitliche »Außen«, auf das die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens aufgrund der in ihnen vorherrschenden »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) in der Vergangenheit ihre sozial-ökologischen Kosten verlagern und in dem sie Natur und Arbeitskraft in Wert setzen konnten, verschwindet zunehmend. Dies wird noch dadurch verschärft, dass mit dem Aufstieg Chinas und anderer Länder zu kapitalistischen Großmächten immer mehr Gesellschaften davon abhängig werden, ihrerseits auf ein Außen zuzugreifen, statt als ein solches für den globalen Norden zur Verfügung zu stehen. Das Außen wird dadurch zunehmend umkämpft, der imperialen Lebensweise geht die Geschäftsgrundlage verloren. Das verschafft autoritären Kräften Aufwind, die diese Lebensweise autoritär und exklusiv zu stabilisieren versprechen, indem sie horizontale Konflikte (im Hinblick auf Geschlecht, Herkunft, Natur) schüren und die aufbrechenden Widersprüche mit identitätspolitischen Angeboten zu bearbeiten versuchen.

Damit – und das ist in unserem Zusammenhang entscheidend – treibt die autoritäre Rechte auch die bürgerliche Mitte vor sich her. Diese erleidet vielerorts bei dem Versuch Schiffbruch, mittels einer mehr oder weniger zaghaften ökologischen Modernisierung die kapitalistische Produktions- und die dieser entsprechende imperiale Lebensweise krisenfest zu machen. Das liegt nicht nur an handwerklichen Fehlern, wie sie zweifellos gemacht werden, sondern an einem grundsätzlichen Problem: Um der Tiefe der ökologischen Krise gerecht zu werden, kann eine ökologische Modernisierung nur der erste Schritt in Richtung einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation sein, die den grünen Kapitalismus schließlich auch über seine eigenen Begrenzungen hinaustreiben müsste. Andernfalls würden die ökologischen Effekte vom Wirtschaftswachstum überkompensiert und der Naturverbrauch würde sich eher verlagern, etwa von fossilen auf metallische Rohstoffe, als absolut zurückzugehen.

Demokratisierung der Demokratie?

Eine grundlegende Transformation, die über eine grün-kapitalistische Modernisierung hinausgeht, setzt voraus, dass Demokratie radikaler gedacht wird. Unter liberal-demokratischen Bedingungen ist eine solche Transformation nicht vorstellbar. Denn sie verlangt tiefgreifende Einschränkungen von Freiheits- und Eigentums-

rechten, die die Besitzenden selbstverständlich in Anspruch nehmen, obwohl sie auf Kosten anderer gehen. Die Gewährleistung dieser Rechte bildet aber den Kern der liberalen Demokratie. Dies zeigt sich aktuell in Deutschland. Statt über die liberale Demokratie hinauszugehen, fällt die bürgerlich-sozialdemokratisch-grüne Mitte hinter sie zurück. Getrieben von der autoritären Rechten biegt sie selbst auf den Weg der autoritären Stabilisierung eines selektiv ökologisch modernisierten Katastrophen-Kapitalismus ein. Nach außen errichtet sie ein immer repressiveres Migrationsregime und setzt auf eine Militarisierung der internationalen Beziehungen statt auf Diplomatie und eine multilaterale Weltordnung. Im Inneren kriminalisiert sie Klima-Aktivist*innen und attackiert die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Hieran kann die autoritäre Rechte problemlos anknüpfen. »In einer Situation, in der die Zuspitzung und Häufung von sozial-ökologischen Krisenphänomenen sowie deren Politisierung die liberale Demokratie an die Grenzen ihrer Legitimität und Funktionalität treiben, mobilisieren deren konservative, liberale, grüne und sozialdemokratische Repräsentant*innen alle Mittel zu ihrer Verteidigung und setzen genau damit liberaldemokratische Essentials aufs Spiel oder gar außer Kraft« (Brand/Wissen 2024: 193).

Was würde es demgegenüber bedeuten, die Demokratie zu demokratisieren? Grundsätzlich ginge es darum, die Dialektik und die Ambivalenz der liberalen Demokratie gegen deren eigene Begrenzungen in Anschlag zu bringen. Um mit Johannes Agnoli (1990: 39) zu sprechen: »Die westliche Demokratie, zweifellos die der ›Marktwirtschaft‹ adäquate Weise öffentlich-rechtlicher Herrschaft und selbst ein Produkt des Kapitalismus, ist nicht dessen sicherster Garant. [...] In ihr wirkt sich [...] immer noch eine Ambivalenz aus, die in ihrer Idee selbst liegt und immer wieder hervorbricht, wenn die Idee von politischen Bewegungen ernst genommen und als Werkzeug des Fortschritts gebraucht wird.« In diesem Sinn würde eine Demokratisierung der Demokratie erstens bedeuten, die oben im ersten und zweiten Konflikt angesprochenen strukturellen Teilhabebeschränkungen zu überwinden und den demokratischen Raum auszuweiten. Das bedeutet, die in der liberalen Demokratie verankerten politischen Grundrechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit oder passives und aktives Wahlrecht radikal zu vertiefen und auf alle Mitglieder der Gesellschaft im Sinne eines weiten Verständnisses von *citizenship* auszudehnen. Dieses geht über nationale Staatsbürgerschaft hinaus, es beinhaltet das Recht, unabhängig von Klasse, *race*, sozialer Herkunft etc. Rechte zu haben (Somers 2008).

Zweitens wäre die Demokratie ausgehend vom fünften strukturellen Konflikt auszuweiten: Zentrale gesellschaftliche Bereiche wären der Profitlogik zu entziehen und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen (Brand/Wissen 2024: 217). Das betrifft vor allem jene sozialen und sozio-technischen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, die die soziale Reproduktion gewährleisten: Wohnen, Bildung und Kinderbetreuung, medizinische Versorgung und Pflege, Ernährung und Land-

wirtschaft, Mobilität, Kommunikation sowie Wasser- und Energieversorgung (vgl. Dietz 2017). Viele dieser Bereiche wurden im Neoliberalismus privatisiert oder als öffentliche Bereiche einem Wettbewerbs- und Profitabilitätswang unterworfen. Sie der Marktlogik wieder zu entziehen, beschreibt Sabine Nuss (2024) als »die kleine Wiederaneignung«, verstanden als die Wiederherstellung und Ausweitung von öffentlichem gegenüber privatem Eigentum. Aktuelle Kampagnen und Forderungen zur Vergesellschaftung setzen hier an (vgl. Stupka 2022: 13). Die Verschiebung der Verfügungsmacht von privat zu öffentlich, d.h. von Privat- zu Gemeineigentum, ist eine Grundvoraussetzung für eine veränderte, demokratische Verfügungsweise und eine Umkehrung des Verfügungszwecks, von der Profit- zur Bedürfnisorientierung. Solche Verschiebungen, um die in Kampagnen wie »Deutsche Wohnen und Co enteignen« gekämpft wird, würden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle, die von den Folgen bestimmter Produktionsentscheidungen betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken könnten.

Sicherlich würde das den einzelnen ein höheres Maß an politischer Beteiligung abfordern. Das bedeutet allerdings nicht, dass alle ständig damit beschäftigt wären, irgendetwas auszuhandeln. Denn bestimmte Dinge wie der gleichberechtigte Zugang aller zu den reproduktionsnotwendigen technischen und sozialen Infrastrukturen stünden einfach nicht mehr zur Disposition. Als grundlegende soziale Rechte wären sie vielmehr in einer radikaldemokratischen Gesetzgebung oder gar Verfassung verankert und dadurch vor Angriffen geschützt. Sie müssten auch nicht ständig wieder von Neuem erkämpft und abgesichert werden. Gegenstand von Aushandlungsprozessen wäre vielmehr ihre konkrete Umsetzung und Ausgestaltung. Die heute von weiten Teilen der besitzenden Klassen geschmähten »Verbote« würden als gesellschaftliche Regeln begriffen, die für ein friedliches und respektvolles Miteinander im nationalen und internationalen Maßstab ebenso wie im Verhältnis zwischen den Generationen sowie zwischen Menschen und nicht-menschlicher Natur unabdingbar sind. Auch dies wäre handlungsentlastend. So müsste z.B. nicht mehr über den Bau von Atomkraftwerken oder die Massenproduktion von Autos debattiert werden. Beides (und vieles andere mehr) wäre illegitim, weil die negativen Folgen so weit in Zeit und Raum ausgreifen, dass die Betroffenen kaum beteiligt werden könnten – sei es aus praktischen Gründen (Menschen im globalen Süden) oder sei es, weil sie noch nicht geboren sind (künftige Generationen). Sofern illegitime Entscheidungen in der Vergangenheit getroffen wurden, wären die aus ihnen resultierenden Aktivitäten zu stoppen und entstandene Schäden zu kompensieren. Grundsätzlich entscheidungsfähig wären nur mehr solche Fragen, bei denen es um verallgemeinerbare Bedürfnisse geht und irreversible Folgen nicht zu erwarten sind, deren raum-zeitliche Auswirkungen sich also auf diejenigen beschränken, die die Möglichkeit der gleichberechtigten Mitwirkung haben.

Dies käme einer Demokratisierung der liberalen Demokratie gleich, ihrer Aufhebung in einer radikalen Demokratie, die, so Sophie von Redecker und Christi-

an Herzig (2020), selbst noch durch die Inklusion nicht-menschlicher Natur zu radikalisieren wäre. Letzteres betrifft den vierten der oben genannten Konflikte. Es wirft Verfahrensfragen auf, folgt aber einer Logik demokratischer Politik: der Unterbrechung der herrschenden Normalität durch diejenigen, denen bisher Stimme und Mitwirkung verweigert wurde. Sofern es sich dabei um Gruppen handelt, deren Identität wesentlich durch ihre Bezüge zu Land, Klima und Biodiversität geformt wird, erhielte auch die nicht-menschliche Natur eine Stimme im demokratischen Prozess (ebd.: 666). Die Vorstellung von den demokratischen Subjekten würde also erweitert. Und es würden jene Bereiche für demokratische Prozesse geöffnet, die die liberale Demokratie systematisch gegen eben solche Prozesse abschottet. Auch das wäre noch keine Garantie dafür, dass keine Entscheidungen mehr zu Lasten anderer und der Natur getroffen werden, aber es wäre eine wichtige Voraussetzung: »Irrationale Entscheidungen und ihre Kosten sind nicht auszuschließen, aber diese Kosten tragen alle. Da dies alle wissen, würden sie auch eher versuchen, Entscheidungen zu Lasten der Natur in der Nähe und in der Ferne zu verhindern. Das könnten sie, weil sie nicht um ihre Existenz, ihr Leben, nicht um ihre Freiheiten und ihre Beteiligungsrechte fürchten müssten« (Demirović 2012: 70).

Demokratisierung als politische Praxis

Konkret und politisch praktisch werden die Forderungen nach der Demokratisierung von Demokratie dort, wo Menschen gemeinwohlorientiert, unter breiter Beteiligung und unabhängig von Klassenzugehörigkeit, Herkunft und *race*, Geschlecht etc. Aspekte der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion gemeinsam demokratisch gestalten. Beispiele für solche gelebten oder realen Utopien (Wright 2010) finden sich in unterschiedlichen Bereichen und auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen. Im Bereich Landwirtschaft und Ernährung sind es etwa Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi), das Ackersyndikat, Food-Coops oder solidar-ökonomische Formen der Nahrungsmittelproduktion und des Vertriebs. Beispiele aus dem Bereich Wohnen sind das Mietshäuser Syndikat, Mieter*innengenossenschaften, die Initiative »Deutsche Wohnen und Co enteignen« sowie die gemeinwohlorientierte, öffentlich-rechtliche Wohnraumversorgung auf kommunaler Ebene. Im Bereich Energie sind es Energiegenossenschaften »von unten« wie die Elektrizitätswerke Schönau, und in der Industrieproduktion sind es Initiativen wie das »Collettivo di Fabbrica«, das das Werk des Automobilzulieferers GKN in Campi Bisenzio bei Florenz auf die Produktion von Solarmodulen und Lastenrädern umzustellen versucht (Kaiser 2023). Diese Beispiele lassen sich im Sinne einer präfigurativen Praxis als die »Vorwegnahme einer anderen Ordnung« (Redecker 2020: 15) bzw. eine »Antizipation der Zukunft in der Gegenwart« (Boggs

1977: 363, Übers. d. Autor*innen) verstehen.³ Die Liste ließe sich fortsetzen. Die Demokratisierung der liberalen Demokratie ist nicht nur Voraussetzung und Medium einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation. Als politische Praxis schaffen die vielen – wenn auch oft kleinteiligen – Initiativen einer demokratischen Gestaltung von Ernährung, Landnutzung, industrieller Produktion, Wohnen oder Energie neue Institutionen gesellschaftlicher Organisation, auf die eine postkapitalistische sozial-ökologisch gerechte Gesellschaftsordnung angewiesen ist.

Literatur

- Agnoli, Johannes (1990): Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg.
- Blühndorn, Ingolfur (2018): Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft. *Berliner Journal für Soziologie* 28(1), 151–180. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0372-8>.
- Blühndorn, Ingolfur (Hg.) (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Bielefeld.
- Boggs, Carl (1977): Revolutionary process, political strategy, and the dilemma of power. In: *Theory and Society* 4(3), 359–393. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF00206985>.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München.
- Buckel, Sonja (2017): Dialektik von Kapitalismus und Demokratie. In: Eberl, Oliver/Salomon, David (Hg.): Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie. Wiesbaden: 19–41.
- Candeias, Mario (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht. In: *LuXemburg*. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/>, Zugriff: 29.11.2024.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.
- Daggett, Cara (2023): Petromaskulinität. Fossile Energieträger und autoritäres Begehren. Berlin.
- Demirović, Alex (2012): Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren. In: *LuXemburg* (3): 60–70.

3 Den Verweis auf den Begriff der Präfiguration verdanken wir Carla Noever Castelos. Siehe ihren Beitrag zusammen mit Friedemann Wiese in diesem Band.

- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: PROKLA 43(2): 193–215. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v43i171.266>.
- Dietz, Kristina (2017): Kämpfe um Bergbau und die Möglichkeiten demokratischer Transformation. Der Fall La Colosa in Kolumbien. In: PROKLA 47(4): 535–551. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i189.55>.
- Dörre, Klaus u.a. (2023): Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie. In: Berliner Journal für Soziologie 34: 9–46. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00514-z>.
- Friedrich, Sebastian (2019): Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Berlin.
- Gramsci, Antonio (1991 [1930]): Gefängnishefte. Band 2, Heft 3. Hamburg/Berlin.
- Hall, Stuart (2012): Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. Hamburg.
- Hausknost, Daniel (2020): Die gläserne Decke der Transformation. Strukturelle Blockaden im demokratischen Staat. In: Blühdorn, Ingolfur (Hg.): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Bielefeld: 161–189.
- Hochschild, Arlie Russell (2018): Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Bonn.
- Kaiser, Julia (2023): Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Begrenzungen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. In: PROKLA 53(1): 35–53, DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2031>.
- Lessenich, Stephan (2019). Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus. In: Ketterer, Hanna/Becker, Karina (Hg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Berlin: 121–138.
- Ludwig, Gundula/Woltersdorff, Volker (2018): Sexuelle Politiken im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queerfeministische Positionen. Münster: 47–72.
- Macpherson, Crawford B. (1977): Demokratietheorie. Beiträge zu ihrer Erneuerung. Mit einer Einleitung von Walter Euchner. München.
- Mau, Steffen u.a. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.
- Mitchell, Timothy (2011): Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil. London/New York.
- Nuss, Sabine (2024): Wessen Freiheit, welche Gleichheit? Die Ideologie des Privateigentums und die Notwendigkeit einer anderen Vergesellschaftung. Berlin.
- Redecker, Eva v. (2020): Revolution für das Leben: Philosophie der neuen Protestformen. Frankfurt a.M..

- Redecker, Sophie v./Herzig, Christian (2020): The Peasant Way of a More than Radical Democracy: The Case of La Via Campesina. In: *Journal of Business Ethics* 164: 657–670. DOI: <https://doi.org/10.1007/s10551-019-04402-6>.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023): *Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten*. Frankfurt a.M./New York.
- Somers, Margaret R. (2008): *Genealogies of Citizenship: Markets, Statelessness and the Right to Have Rights*. Cambridge.
- Stupka, Jenny (2022): Die politisch-strategischen und theoretischen Potenziale von Vergesellschaftung. In: Organisationsteam Vergesellschaftungskonferenz (Hg.): *Neue Energie für Vergesellschaftung für neue Energie. Vergesellschaftungsperspektiven im Energiesektor. Broschüre zur Vergesellschaftungskonferenz 2022*. Berlin: 12–17.
- Swyngedouw, Erik (2009): Immer Ärger mit der Natur. »Ökologie als neues Opium für's Volk«. In: *PROKLA* 39(3): 371–389. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v39i156.420>.
- Wallerstein, Immanuel (2003): Citizens All? Citizens Some! The Making of the Citizen. *Comparative Studies in Society and History* 45(4), 650–679. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0010417503000318>.
- Wissen, Markus (2016): *Jenseits der carbon democracy. Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse*. In: Demirović, Alex (Hg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*. Münster: 48–66.
- Žižek, Slavoj (2010): A permanent economic emergency. In: *New Left Review* (64): 85–95.

